Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 175. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 28. Juli 1928

„Gefühl ist alles!"

Volkssehnsucht. — Stetes Hämmern. — Deutsche Einigung. Das Echo in Köln.

„Wien, du Stadt meiner Träume" — viele Zehntausende der deutschen Sänger, die jetzt an den Wiener Festtagen teilnahmen, mögen diese Stadt an der Donau, mögen das österreichische Volk zum erstenmal gesehen, kennengelernt haben. Wenn der Kahlenberg und schließlich der „Steffel", der Turm des Stephansdomes, über den Horizont heraufzieht, dann packen den Deutschen von heute ganz andere Gedanken als vor dem Kriege. Damals war der Österreicher für uns der zwar liebenswürdige, aber bisweilen etwas unbequeme Bundesgenosse, war Wien die Stadt Schuberts, Mozarts, Beethovens und Haydns, war die Welt der Walzer und Österreich das Land der Alpen. War — selbstverständlich — ein deutsches Land, in dem — vor allem im Parlament — einige wilde Völkerschaften herumtobten. Und wir fühlten uns ein bißchen erhaben über all den Tumult und die „k. u. k. Schlamperei" dort unten, wohin wir nur kamen, um Freude, Musik und „Heurigen" zu genießen.

Das ist jetzt anders geworden nach dem Kriege. Und wenn man den inneren Gewinn dieser äußerlich so glanzvollen Festlichkeiten des Wiener Sängertages feststellen wollte, so möchte man ihn in die Worte kleiden: der Zusammenschlußgedanke, gleichgültig, ob er im einzelnen Deutschen und Deutschösterreicher in hellster Klarheit verstanden, gehegt und gepflegt war oder ob er nur — nachgesprochen wurde, ist jetzt zum Zusammenschlußgefühl geworden, das jenseits alles Redens und Schreibens steht. Viel stärker, im Deutschen und Deutschösterreicher, ist dadurch die Sehnsucht nach diesem Zusammenschluß geworden. Zu einer Selbstverständlichkeit wurde sie und wenn man ihre Verwirklichung hemmt, so trifft man nicht mehr in erster Linie die verstandesgemäß aufgestellte Forderung eines Zusammenschlusses, zu dem Bruderblut ebenso hindrängt wie wirtschaftliche Notwendigkeit oder der Anspruch endlicher Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts auch der Deutschen, sondern man trifft jetzt etwas, was auch in das deutsche Gefühl übergegangen ist. Was nicht mehr so sehr Volksgedanke, Volkswollen, sondern vor allem Volkssehnsucht, Volksstimmung geworden ist. Solch eine Stimmung — Italien beweist es und Polen, Tschechien und andere Slawenstaaten — ist aber weit stärker, aber auch weit empfindlicher als nur ein staatspolitischer Gedanke.

Das mögen sich die Herren und Hüter der Verträge, die uns noch trennen und auseinanderhalten, recht bald aus den Wiener Tagen entnehmen.

*

In Paris ist von einer solchen Berücksichtigung dieser neuen, tief innerlichen Einstellung der Deutschen im Reich und in Österreich freilich ebensowenig zu spüren wie in jenen Südoststaaten Europas, die das Hauptierbe der Habsburger antreten durften. In der letzten Woche ist ja der deutsche Außenminister in Karlsbad, wo er zum Kuraufenthalt weilt, „zufälligerweise" zusammengewesen mit dem rumänischen Kollegen sowie einem Vertreter der russischen Regierung und dem tschechischen Staatspräsidenten sowie dem Außenminister Benesch. Wenn natürlich ein amtliches Dementi jeden politischen Charakter dieses Zusammentreffens bestritt, so wird man — gerade wegen dieses Dementis — kaum glauben, daß sich die Herren nur über die Vorzüge und die heilsame Wirkung des Mühlbrunnens unterhalten haben! Dazu waren die Schatten, die das Wiener Sängerfest herüberwarf, denn doch zu stark gewesen. Und Dr. Stresemann wird darum auch wohl — kaum mit Erfolg — mit den Herren Masaryk, Benesch und Titulescu ein wenig über den Zusammenschlußgedanken gesprochen haben. Neues ist ja wenig zu sagen, aber die Kleine Entente hat soeben wieder auf ihrer letzten Konferenz sich mit besonderer Schroffheit gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland ausgesprochen. Da hilft deutscherseits nur stetes Hämmern. Weil wir auch bei historischen Entwickelungen an die Wahrheit des alten Sprichworts glauben: Steter Tropfen höhlt den Stein, nicht durch Gewalt, sondern durch sein unaufhörliches Fallen.

*

Das gilt auch für den deutschen Westen, für die Rheinlandräumung. In Köln, der Metropole des Rheinlandes, die ja erst im Januar 1926 geräumt wurde, sind ja jetzt auch Hunderttausende von Deutschen aus dem Reich und von allüberall aus der weiten Welt zusammengeströmt im Zeichen der deutschen Turnerei, die schon einmal die Stimmungssehnsucht zur deutschen Einigung in sich verkörperte. Und wenige Meilen südlich und westlich stehen die Vorposten der Besatzungstruppen. Mitten in das Fest hinein dringt die Kunde von dem Begehren der Franzosen nach Auslieferung von vier Deutschen, weil diese angeblich Zusammenstöße mit Mitgliedern der Besatzung gehabt haben. Nun wird den vielen Tausenden von Deutschen, die nach Köln gekommen sind, deutlichst vor Augen geführt, was — immer noch — die Besetzung deutschen Bodens durch fremde Truppen eigentlich darstellt. Ein schriller, aber in seinem Gellen nicht mißzuverstehender Ton aus der Wirklichkeit unserer Not und Bedrängnis, ein Mißton, der ein besonderes Echo jetzt gerade in Köln hervorrufen wird. Kein lautes, kein papierenes Echo, aber ein um so tiefer in die Herzen eindringendes.

Denn man muß warten können in der Geschichte und in der Politik. In Köln werden die Deutschen aus dem unbesetzten Gebiet und vor allem aus dem Auslande es verstehen lernen, daß die deutsche Politik sich jetzt, das deutsche Volk und vor allem das besetzte Gebiet hinter sich, eingestellt hat auf das Abwarten, das Ablaufen der Fristen, bis die Räumung von selbst erfolgen muß. Man rühmt uns aus Paris, wie wertvoll eine „vorzeitige" Räumung doch für Deutschland wäre — um dieses Pfand möglichst teuer zu verkaufen. Gewiß ist sie wertvoll, aber doch nicht genug, um von uns mit neuen Bindungen im Rheinland und anderswo erkauft zu werden. Und mit jedem Tag rücken die Räumungsfristen näher, verliert das Angebot an Wert. Schon drängt man uns, es anzunehmen, bedeutet jenes Auslieferungsbegehren eine Art Druck auf Deutschland. Wir werden auch das tragen. Und die Hunderttausende in Köln werden es verstehen lernen, warum wir warten müssen. Um des ganzen Deutschlands willen!

Dr. Pr

Dorpmüller über Eisenbahnunsicherheit

Die Bahnkatastrophen der letzten Zeit

Schwierige Finanzlage.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse erklärte der Generaldirektor der Reichsbahn Dorpmüller im Hinblick auf die zahlreichen Betriebsunfälle in der letzten Zeit es als seine Hauptaufgabe, durch eingehende Untersuchung der Ursachen dieser Unglücksfälle festzustellen, welche Maßnahmen schleunigst getroffen werden müßten, um die Betriebssicherheit der Reichsbahn zu erhöhen. Eine scharfe Kontrolle der Bahnstrecken werde durchgeführt, die so vielfach beklagte Überlastung des Personals untersucht und vor allem eine genaue Kontrolle des Oberbaues der Reichsbahn erfolgen. Zurzeit seien Gleisreparaturen für noch 7700 Kilometer notwendig, die aber eine erhebliche Ausgabe darstellen, da die Instandsetzung von 1000 Kilometern schon 25 Millionen Mark kostet. Schließlich gehe namentlich aus dem Ummendorfer Unglück bei Ulm hervor, daß in den süddeutschen Gebieten die norddeutsche Diensteinteilung eingeführt werden müsse, da diese eine wesentliche Erleichterung für die Beamten darstelle.

Der Generaldirektor erläuterte dann die Einzelheiten der Eisenbahnunglücksfälle bei Siegelsdorf, Ummendorf, Ulm, Neuß und Düsseldorf und namentlich bei München, die teilweise eine Verkettung unglücklicher Umstände als Ursache hatten. Man müsse bei dem Riesenbetrieb der Eisenbahn aber immer bedenken, daß die jetzige Reichsbahngesellschaft die Eisenbahn erst seit 3½ Jahren in Verwaltung habe und hierbei die verhängnisvolle Erbschaft der Kriegszeit, der Nachkriegszeit und nicht zuletzt des Ruhrkampfes übernehmen mußte. Wenn sich in der letzten Zeit die Unglücksfälle häuften, so wisse der Fachmann, daß solche Zeiten des Anschwellens von Betriebsunfällen eine schon immer beobachtete Erscheinung sind, die von Zeiten eines erheblichen Heruntergehens dieser Zahl abgelöst werden. Leider sei die

Finanzlage der Reichsbahn

eine sehr schwache, man müsse die Rücklagen aus dem Vorjahre angreifen und namentlich Bayern bedeute für die Gesamtverwaltung einen Zuschußstaat, da dort die Ausgaben über die Einnahmen hinausgehen und der Zustand der Bahnen ein besonders unerfreulicher war. Im übrigen habe er alle Reichsbahndirektionen angewiesen, grobe Mißstände ohne Rücksicht auf die Kosten sofort beseitigen zu lassen, denn die Sicherheit sei für die Bahn höchste Pflicht.

Aussprache mit dem Reichsverkehrsminister.

Vorher hatte der Generaldirektor Dr. Dorpmüller eine eingehende Aussprache mit dem Reichsverkehrsminister gehabt, die sich gleichfalls mit der Frage beschäftigte, wie die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen erhöht werden könnte. Eine Reihe technischer Maßnahmen sollen für diesen Zweck durchgeführt werden ohne Rücksicht auf die Kosten. Das gilt besonders auch für die Reparaturarbeiten am Oberbau. Hinsichtlich der vielfach gemachten Vorwürfe wurde nachgewiesen, daß prozentual auf eine Million Zugkilometer im Jahre 1927 die Zahl der getöteten und verletzten Personen 1927 nur ganz wenig größer war als 1913, obwohl die heutige Besetzung der Züge um 21 Prozent größer ist als im Vorkriegsjahre. Gegenüber 1919 ist diese Prozentzahl dagegen auf die Hälfte zurückgegangen. Schließlich wurde auch darauf verwiesen, daß sich jetzt das Gesamtpersonal der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf 704 000 Beamte, Arbeiter und Angestellte belaufe, d. h. 12 000 Köpfe mehr als im Jahre 1913; in Bayern allein ist dieser Gesamtpersonalbestand um 10 000 höher als 1913, so daß man dort von besonders schwierigen Personalverhältnissen nicht sprechen könne.

Vom Generaldirektor wurde ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß er trotz der schwierigen finanziellen Lage der Reichsbahn mit allem Nachdruck dahin wirken werde, daß die Sicherheit des Betriebes gewährleistet wird.

*

Die geplante Tariferhöhung.

Das Reichsbahngericht, das nach Wunsch der Reichsbahn und dem Beschluß des Reichskabinetts das endgültige Urteil über die von der Reichsbahn geforderte Tariferhöhung fällen soll, wird dem Vernehmen nach Ende dieser Woche zusammentreten.

Den Vorsitz wird der Senatspräsident beim Reichsgericht Meyer führen. Die beiden Beisitzer, die auf Vorschlag der Parteien (Reichsregierung und Reichsbahn) bestellt werden, sind noch nicht ernannt. Das Urteil des Reichsbahngerichts muß nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb von drei Monaten gefällt werden, doch hofft man, daß schon in einigen Wochen die Entscheidung des Gerichts vorliegen wird.

Was wird aus Stresemanns Pariser Reise?

In Berlin nichts bekannt.

Während aus Amerika jetzt genau gemeldet wird, an welchem Tage der Staatssekretär Kellogg zur Unterzeichnung des Paktes in Paris seine Reise antreten wird, wird in Berlin amtlich mitgeteilt, daß von einer Einladung des französischen Außenministers Briand an Reichsminister Dr. Stresemann, zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im August nach Paris zu kommen, die in einem Brief an Dr. Stresemann nach Karlsbad enthalten sein soll, im deutschen Auswärtigen Amt „nichts bekannt" sei.

Eine weitere amtliche Berliner Mitteilung wendet sich gegen Behauptungen der Pariser Presse, daß der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann bereits in einem „sehr herzlich gehaltenen Antwortschreiben" die Zusage der Teilnahme an der Unterzeichnung des Kellogg-Vertrages in Paris gegeben habe; auch von einem derartigen Schreiben sei den deutschen zuständigen Stellen nichts bekannt. Eine offizielle Einladung ist gleichfalls bisher noch nicht überreicht worden. Alles, was bisher in dieser Angelegenheit geschehen sei, beschränke sich darauf, daß diplomatische Fühlung in der Frage genommen wurde.

Diese Dementis weisen also etwas übereilte Pariser Pressemeldungen zurück, vermeiden es aber außerdem sorgfältig, auch nur anzudeuten, ob Dr. Stresemann nun wirklich nach Paris fährt oder nicht. Daß die Erregung der deutschen öffentlichen Meinung über das französische Auslieferungsbegehren von vier Deutschen auf diese vorsichtige Zurückhaltung der amtlichen Berliner Stellen nicht ohne Einfluß ist, erscheint als zweifellos und wird in der Presse auch vielfach in diesem Sinne gedeutet.

Andererseits sollen sich aber trotz französischen Widerstandes an die Pariser Zusammenkunft der Außenminister wichtige Verhandlungen anknüpfen. Der Pariser Vertreter einer großen Neuyorker Zeitung glaubt nämlich auf Grund von Erkundigungen in diplomatischen Kreisen mitteilen zu können, daß gelegentlich dieses Zusammentreffens auch wichtige Besprechungen hinsichtlich des Reparations- und Kriegsschuldenproblems stattfinden würden. Das Blatt weist darauf hin, daß der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, mit Schatzsekretär Mellon in Dinard zusammengetroffen ist und daß er anfangs dieser Woche eine lange Unterredung mit Poincaré hatte. Die Pläne zur Regelung der Nachkriegsfragen würden bei dem Zusammentreffen der Außenminister im nächsten Monat nach Ansicht auch französischer diplomatischer Kreise auf eine offizielle Grundlage gebracht werden. Wahrscheinlich werde auch Mellon an diesen Besprechungen teilnehmen.

*

Forderungen der vaterländischen Verbände

Berlin, 27. Juli. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände wenden sich mit einer Kundgebung gegen die Auslieferungsschmach und fordern, falls die Reichsregierung sich mit der Auslieferung einverstanden erklärt, daß an Stelle der Verfassungsfeiern am 11. August ein allgemeiner deutscher Buß- und Trauertag eingesetzt werde, daß ferner der Reichstag sofort einberufen werde, um zu entscheiden, ob die Regierung noch das Vertrauen besitzt, und schließlich, falls auch der Reichstag deutsche Staatsangehörige nicht vor der Auslieferung schützen sollte, daß der Reichspräsident dann den Reichstag sofort auflöst.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF